

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil:

C. Foxlane,

für Fenstetton und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redakt. Theil:

F. Hirschfeld,

Sämtlich in Bosen.

Verantwortlich für den Inseratentheil:

J. Klugkist in Bosen.

Zosener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Nr. 158

Die „Zosener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, am Sonn- und Festtagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 4. März.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

79. Sitzung vom 3. März, 12 Uhr.

Die zweite Berathung des Militäretats wird fortgesetzt mit dem Extraordinarium.

Referent Abg. Hahn erklärt, daß die Kommission nur die allerdringendsten Bauten bewilligt habe, für welche superrevidirte Rechnungen vorgelegen hätten.

Bei Titel 26, Neubau einer Kaserne für ein Garde-Infanterie-Regiment in Potsdam (früher in Berlin) bedauert

Abg. Dr. Ruge (dfr.) das Einmischen der Militärverwaltung in die kommunalen Angelegenheiten der Stadt Potsdam in Bezug auf das Terrain, auf dem die Ställe des Ulanenregiments stehen.

Oberst Erffling erwidert, daß die Militärverwaltung, sobald ihren finanziellen Bedürfnissen in Bezug auf den Neubau der Kaserne genüge geschehen sei, der Stadt Potsdam sich in jeder Weise entgegenkommend zeigen werde.

Der Titel wird bewilligt.

Eine Reihe weiterer Titel werden ohne nennenswerthe Debatte nach dem Kommissionsvorschlägen erledigt.

Gestrichen werden danach die Bauräume für ein Kommandanturgebäude in der Beste Bogen, für ein Bureaugebäude in Koblenz, ein Train-Depot in Danzig, ein Artillerie-Prüfungsgebäude in Berlin, eine Kaserne in Meck, sowie 2 467 000 M. zur Beschaffung von Platzräumen für das neue Gewehr.

Abgelegt werden die ersten Räte für Kasernen in Magdeburg, Bremen und Stettin und hier nur die Entwurfskosten bewilligt. Ebenso werden Abstriche nach Kommissionsvorschlägen bei Kasernenebauten in Braunschweig, Marienwerder und Saarburg. Dagegen werden entgegen dem Kommissionsantrage für eine Artilleriekaserne auf dem Artillerie-Schießplatz in Jüterbog 400 000 M. statt 600 000 M. nach dem Titel bewilligt.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Reichseisenbahnamt).

Schluß 2^{1/2} Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 3. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung der Einkommensteuervorlage.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wldkons.) erklärt sich im Allgemeinen mit dem Gesetz einverstanden, möchte aber in die Erörterungen, welche bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen zulässig sein sollen, höhere Einkommen als solche bis 9500 Mark, wie es in der zweiten Berathung beschlossen worden, einbeziehen; das sei im Interesse der höheren Beamten sehr wünschenswerth. Die Bestimmungen über die Veranlagungskommission verfolgten zu sehr das fiskalische Interesse.

Abg. v. Jagow (lons.): Die konservative Partei sieht in diesem Gesetz den ersten grundlegenden Schritt zu einer durchgreifenden Reform und hält das Gesetz im Ganzen für gut, und sie wird so gut wie geschlossen, falls nicht einschneidende Änderungen erfolgen, für das Gesetz stimmen. Wir werden aber beantragen, den Zusatz in § 2 über die Besteuerung der Agenten zu streichen. Ferner wollen wir die Kommissionsbeschlüsse über die volle Besteuerung der Aktiengesellschaften wiederherstellen. Wir würden das Gesetz für noch vollständiger halten, wenn die Inventarisierung bei Todesfall in das Gesetz aufgenommen würde. Ebenso würden wir für eine Verbesserung des Gesetzes halten, wenn unser Antrag über die Grund- und Gebäudesteuer Aufnahme finde, es müßte darum im § 82 der Grundgedanke der ganzen Reform, die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer, einen vollständig klaren

Ausdruck finden. Nach den in der zweiten Lesung über das Wahlrecht gefassten Bestimmungen halten wir nunmehr eine Verfassungsänderung für vorliegend. Auch möchten wir die Streichung der Versicherungsprämien für Lebensversicherungen.

Abg. v. Czarinski (pole) erklärt, daß seine Partei gegen das ganze Gesetz stimmen werde, da es als eine Verbesserung gegen die bestehenden Verhältnisse nicht anzusehen ist. Besonders mißfallen uns die rigorosen Bestimmungen über die Selbstdeklaration sowie die zu hohen Tarife für die mittleren Einkommen. Es ist bedauerlich, daß keine Unterscheidung über die Quellen des Einkommens stattfindet, ebenso bedauerlich ist es, daß der Antrag Richter über die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts nicht angenommen worden ist. Auch die Politik der Überschüsse, welche hier verfolgt wird, erscheint uns bedenklich. Redner geht sodann zu der Politik gegen die Polen über, welche leider dieselbe geblieben sei, wie zu Bismarcks Zeiten, eine Politik, die sehr schädlich gewirkt habe. Angesichts dieser Politik können die Polen zu den dieses Gesetz ausführenden Behörden kein Vertrauen haben.

Abg. Dr. Ennecerus (natl.) bedauert, daß die mittleren Einkommen nicht mäßiger besteuert sind. Von den Einkommen von 8000 Mark an tritt gegenüber dem bisherigen Zustand überall eine Erhöhung ein. Die Herabsetzung der Tarife der Einkommen von 3000 bis 6000 Mark hat keinen besonderen Werth gegenüber der Selbstdeklaration, welche diese Herabsetzung mindestens ausgleicht. Wir werden denn auch in der dritten Lesung einen Antrag auf Herabsetzung der Tarife einbringen. Die Erhöhung des Prozentzahles bis 4 Prozent bei den besonders hohen Einkommen erschweift eine weitere Reform, da ein höherer Satz niemals eingeführt werden könnte. Der Fortschritt könne in der Zukunft nur in der Maßnahme liegen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien bei der Steuerzahlung noch mehr berücksichtigt werden als in dieser Vorlage. Andererseits bieten die Beschlüsse der zweiten Lesung eine Verschlechterung gegenüber der Regierungs-Vorlage, besonders durch die Drittelteilung der Urwahlbezirke, welche eine Verfassungsverletzung bedeutet und ein verbänglichvolles Präjudiz für dauernde Verschlechterung des Wahlrechts bildet. Auch die Beschlüsse zweiter Lesung über die Besteuerung der Reichsunmittelbaren sind eine Verschlechterung gegenüber der Regierungs-Vorlage, durch welche die Besteuerung des Steuerprivilegiums unzweideutig ausgesprochen war, während die jetzige Fassung der Bestimmung diese Besteuerung an eine Bedingung knüpft, bei deren Nichterfüllung das Privilegium bestehen bleibt. Wir haben deshalb einen Abänderungs-Antrag gestellt, den ich anzunehmen bitte. Auch der Agentur-Paragraph bedeutet eine Verschlechterung, und wir werden deshalb für Streichung desselben stimmen. Trotz aller dieser Bedenken halten wir das Gesetz im Ganzen für einen großen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande, es ist der erste Schritt zu der großen Reform, die Realsteuer als Staatssteuer zu beseitigen. Diese Reform wird durch die Überschüsse dieses Gesetzes, durch die Aufhebung der lex Huene, und durch die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer erfolgen können. Die Überweisung der Realsteuern an die Kommunen ist ein nothwendiger Schritt. Es gehört eine gewisse Selbstverleugnung dazu, in der Aussicht auf eine durchgreifende Reform, ein Gesetz zu bewilligen, welches doch eine erhebliche Mehrbelastung mit sich bringt. Aber diese Selbstverleugnung müssen wir üben, und darum müssen wir das Gesetz im Ganzen annehmen.

Abg. Richter (dfr.): Aus dem Berauen, daß Herr Ennecerus in die künftige weitere Entwicklung der Steuerreform setzt, könnte man fast das Motto herauslesen: wenn die Hoffnung nicht wär, dann lebt ich nicht mehr. (Heiterkeit) Wenn man im Laufe der parlamentarischen Zeit so viele Enttäuschungen auch über berechtigte Hoffnungen erlebt hat, so ist man am wenigsten geneigt, bei Steuergesetzen sich durch Hoffnungen täuschen zu lassen gegenüber einer nüchternen Erwägung. Dabei hört nicht bloß die Gemüthslichkeit auf, sondern auch eine Hoffnungsfreudigkeit, die von der Zukunft erwartet, was die Gegenwart versagt. Dem Finanzminister bin ich noch eine Erwiderung auf seine

Auszführungen vom 24. Februar schuldig, und ich möchte diese Rechnung mit ihm vollständig begleichen. Ich habe zunächst bei keiner Gelegenheit ihm den Vorwurf gemacht, daß er nicht neben einem Einkommensteuergesetz auch alle anderen Reformgesetze, namentlich über die kommunale Besteuerung gleichzeitig eingebracht hat. Die Einkommensteuer ist einer selbständigen, für sich abgeschlossenen Reform durchaus fähig. Wenn man aber zugleich an die Änderung der Einkommensteuer Paragraphen knüpft, welche schon künftige anderweitige Steuermäßigkeiten umfassen, also selbst Bezug nimmt auf die weitere Reform, so müssen die Grundzüge dieser Reformpolitik weit klarer und bestimmter vorliegen, als es der Fall ist in den Paragraphen und in den Erläuterungen des Ministers.

Unser positives Programm, das der Minister vermisste, hätte er sehr wohl aus den in zweiter Lesung von uns eingebrachten Anträgen erkennen können. Unsere Anträge richteten sich zunächst gegen die Besteuerung der Aktien-Gesellschaften und den Steuertarif. Wir gingen dabei davon aus, daß wir eines Mehreinkommens aus der Einkommensteuer nicht bedürfen. Ferner wollten wir die Überschüsse aus dem Gesetz nicht den Gemeinden überweisen, weil es auf diesem Wege nicht den hier zu hoch Belasteten zu Gute kommt. Ich halte überhaupt eine Erhöhung des Gesamtbetrages der Einkommensteuer für ungerechtfertigt. Die Besteuerung der Gesellschaften ist ein Auswuchs, der sich nur daraus erklärt, daß man das Geld da nehmen will, wo man es findet. Der Tarif enthält für die Mittelklassen eine ungerechtfertigte, zu hohe Belastung und er hätte so eingerichtet werden müssen, daß er sofort auch von den Gemeinden hätte akzeptiert werden können. Dem gegenüber ist der Fortbestand der Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren und die Verschlechterung der Regierungs-Vorlage in dieser Beziehung ein um so größeres Unrecht, und das wird noch gezeigt durch die Ablehnung des Antrages Broemel, welcher das fundierte Einkommen stärker heranziehen wollte als das unfundierte. Waren außerdem die Veranlagungskommissionen so zusammengesetzt worden, wie wir es wünschen, so hätte ich zur Selbstdekläration eine ganz andere Stellung eingenommen und nur den Gesichtspunkt verfolgt, daß der Staat nicht mehr als nothwendig in die Privatverhältnisse eindringt. Im Übrigen sind wir allerdings über die Ausgestaltung der Deklarationspflicht im Einzelnen verschiedener Meinung, aber nicht in höherem Grade, als Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung selbst bestehen. Die Quotifirung haben wir beantragt, um zu große Überschüsse wieder in die Taschen der Steuerzahler zurückzulangen lassen zu können. Das sogenannte Portemonnaiesetz mag noch zu recht bestehen, praktische Bedeutung hat es nicht mehr. Ferner haben wir uns dagegen gewehrt, die Machtfülle des Landrats hier noch zu steigern. Auch gegen die Verschlechterung des Wahlrechts durch dieses Gesetz haben wir anzukämpfen verucht. Ich bin nicht bestimmt genug zu glauben, daß man durch weitere Verschlechterung des Wahlsystems von selbst zu einem anderen Wahlsystem kommen wird. Die ganze Gesetzesgebung ist nach manchen Richtungen hin eine überreite, wie das auch die neuendings veränderte Stellung der Widerheitsparteien zur Frage der Verfassungsänderung zeigt. Anträge in diesen Hauptpunkten wären ausichtslos, wir haben uns daher auf mehr nebenächliche Punkte befränkt. Die Vorfälle in Bremen sind dem Finanzminister so zu statten gekommen, daß, wenn er sie gestellt hätte, er sich nichts Besseres hätte wünschen können, um Stimmung für seine Vorlage zu machen. Die Stimmung im Lande wird immer ungünstiger für das Gesetz; mögen diejenigen die Verantwortung dafür tragen, die ihm zustimmen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Bedlich (freit.): Wir werden für das Gesetz stimmen, und zwar mit gutem Gewissen, weil es eine ausgleichende Gerechtigkeit herbeizuführen geeignet ist. Wer die ausgleichende Gerechtigkeit nicht will, ladet eine große Verantwortlichkeit auf sich. Die Anerkennungen des Abg. Richter waren die absolute Negation. Man hat versucht, diesen Standpunkt zu verschleieren, auf die Dauer läßt sich das aber nicht, und es ist gut, daß nun auf der ganzen

Das Reisen im Morgenlande.

Während Europa zum größten Theil noch unbekannt und im tiefen Dunkel gehüllt war, hatte der Orient eine hohe Stufe der Kultur erreicht. Dies beweist neben anderen Denkmälern besonders der Kulturmesser der Völker: der Straßenverkehr. Die Alten haben Großartiges geleistet, um den Handel und Verkehr durch Anlage von Kunststraßen zu heben, welchen wir die unserigen kaum an die Seite stellen können. Dieselben sind da, wo es galt Berge zu überschreiten, in so unzerstörbarer Weise angelegt, daß sie heute noch bestehen. Nordwärts von Beirut — wir folgen einem Vortrag des Herrn Prof. Brugsch im Kölner Kaufmännischen Verein — zieht sich noch heute ein gepflasterter Engpaß eine Viertelmile den Berg entlang. Auch die Post ist keine moderne Erfindung. Darius I. von Persien organisierte den ersten Postdienst. Von der Hauptstadt des Reiches führte die Haupt-Verkehrsader, die sogen. Königsstraße, bis zum westlichen Kleinasien. Auf dieser Straße waren in Zwischenräumen Stationen angelegt und von Station zu Station ein regelrechter Postdienst eingerichtet. Ebenso waren die Einrichtungen auf den Zweigstraßen. Diese Straßen sind noch heute vorhanden, allerdings in einem jeder Beschreibung spottenden Zustande. Man benutzt sie heute um so weniger, als auch die heutigen Wagen unter aller Kritik sind. Der Reisende verzichtet auf eine Wagenfahrt und legt lieber den Weg zu Pferd zurück. Erstaunlich ist die Schnelligkeit, mit der man auf diese Weise fortkommen kann. Beispieleweise wird der Weg von Teheran bis zur türkischen Grenze, eine Strecke

von 108 Meilen in vier Tagen reitend zurückgelegt. Natürlich ist es nicht möglich, größere Reisen auf einem und demselben Pferde in dieser kurzen Zeit zu vollenden; man besteigt vielmehr auf den Stationen ein frisches Pferd, d. h. einen alten, persischen Klepper, und fort geht es im steten Galopp. Kein Europäer, selbst nicht ein Eingebohrer, würde diese Reise aushalten, wenn nicht besondere Vorsichtsmafregeln getroffen würden. Der nackte Leib wird von unten bis zu den Hüften mit Zengstücken umwickelt, wie man ein kleines Kindwickelt. Feste Nahrung darf man nicht zu sich nehmen. Gewöhnlich genießt der Reisende ein weiches Ei und trinkt etwas Thee. Nach einem solchen Ritt tritt eine furchtbare Abspaltung ein, die aber nach längerem erquickenden Schlaf auch keine Spur von Unwohlsein hinterläßt. Die Karawanen ziehen natürlich viel langsamer ihres Weges und gebrauchen ungefähr so viel Wochen wie der Einzelreisende Tage.

Die Wege im Morgenlande theilt man in verschiedene Klassen, je nachdem sie durch Kulturland oder durch die Wüste oder die Steppe führen. Gerade, glatte Wege sind verhältnismäßig selten, und oft ist die Straße von Wasserläufen durchbrochen, deren Durchschreiten nicht ohne Gefahr ist, denn Brücken sind sehr selten. Die Karawanenführer kennen meist die feuchten Stellen der Flüsse sehr genau. So der Weg auf Kulturboden. Was den Weg in der Wüste betrifft, in welcher der Sand stets höchstens drei Fuß hoch liegt und der Wind denselben zu immer neuen Formen zusammenweht, so ist es eine ganz falsche Meinung, die Wüste sei ein einziges großes Sandmeer. Wäre dies der Fall, dann würde kein Kamel im Stande sein, dort zu leben. Das Kamel kann im Sande

nicht viel länger als zwei Stunden gehen und sucht instinktiv den festen Boden auf. Muß es länger im Sande aushalten, dann sinkt es nieder und geht ein, wenn ihm nicht einige Ruhe gelassen wird. Ferner ist es ein verbreiteter Irrthum, die Araber tödteten, wenn sich auf ihren Reisen durch die Wüste großer Wassermangel einstellt, die Kamele, um das im Magen derselben befindliche Wasser zu trinken. Die Beduinen verlachen den Europäer, der ihnen das erzählt. Ebenso wenig ist es wahr, daß das Kamel eine Woche lang und länger durstet können. Im Sommer kann es höchstens zwei Tage, im Winter drei bis drei und ein halber Tag ohne Wasser aushalten. Neuerall an den Gebirgswänden der Wüste ragt kristallischer Feldspath hervor; diese Kristalle glänzen in der Sonne oder beim Mondenschein in wunderbarem Lichte, und die Gegend gewährt dann einen Anblick, wie man ihn sich nicht schöner denken kann.

Die Wüstenstraßen zeigen oft die Spuren von zwanzig bis dreißig nebeneinander herlaufenden Wegen. Wer einen solchen Weg verläßt, kann sicher sein, daß er sofort von der nächsten Karawane verfolgt und als Räuber dem Gericht ausgeliefert wird; denn es gilt als Gesetzmäßigkeit eines Räubers, vom vorgeschriebenen Weg abzulenken. Begegnen sich zwei Karawanen, so bietet sich dem Europäer ein seltsames Schauspiel. Jede Karawane hat einen Führer; dieser bleibt, sowohl des Anderen ansichtig wird, stehen und erhebt seine lange Flinte. Der andere bleibt ebenfalls stehen und lebt auf Erstern an. Zeit nähernd beide sich springend, bleiben wieder stehen, schwingen das Gewehr über dem Kopfe und singen ein eigenhümliches Lied. Dann reichen sie sich die Hände, küssen

Inserate werden angenommen
in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Hs. Ad. Höhle, Hofstieg,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Ollie Rücken, in Firma
J. Hermann, Wilhelmplatz 8,
in Giesen bei L. Chrönitz,
in Wesel bei H. Nalbier,
in Wrexheim bei J. Jodlöh
u. b. d. Inserat-Anahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasestein & Vogler, Rudolf Rose
und „Düsseldorfer“.

Inserate, die schriftgesculpte Plakette über deren Raum
in der Morgenaugabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagaugabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagaugabe bis 8 Uhr vormittags, für die
Morgenaugabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Von völker Klarheit über die negirende Stellung der freisinnigen Partei sich zu verbreiten beginnt. (Zustimmung rechts, Lachen links). Durch die weitgehende Kontrolle ist ein Missbrauch seitens der unteren Verwaltungsbörde völlig ausgeschlossen. Die Quotifirung wollten die Herren nur, um im gegenwärtigen Augenblick eine Erweiterung der Rechte des Parlaments durchzusetzen. Ein Kampf zwischen Parlament und Krone in diesem Moment ist schädlich für unsere Entwicklung. Das künftige Steuerprogramm kann doch Herr Richter ganz deutlich sehen. Die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer wird eben eine bessere Gestaltung der Kommunalsteuerverhältnisse zur Folge haben. Aber freilich Herr Richter will nicht die Entlastung des Grundbesitzes. Einige Aenderungen in der zweiten Lesung gegenüber den Kommissionsschlüssen bilden Verschlechterungen, aber wir werden trotzdem für diese Vorschläge stimmen.

Abg. Richter: Wenn es nicht so vollständigen Worten über ausgleichende Gerechtigkeit allein gethan wäre, so könnten wir uns an Herrn v. Beditz ein Beispiel nehmen. Aber bei Steuergesetzen können wir uns mit dergleichen Redewendungen allein nicht beruhigen. Wenn dieses Gesetz an sich eine Reform ausgleichender Gerechtigkeit wäre, so würden wir für dasselbe stimmen, aber ich bestreite, daß dieses Gesetz eine Reform in sich darstellt. Es ist an diese Reform etwas Anderes angehängt, und ich kann mich des Verdachts nicht erheben, daß das Andere die Haupttheile ist, nämlich, mehr Geld zu bekommen. Herr v. Beditz hat es sich nicht versagen können, einem anderen Beispiel in einem anderen Hause zu folgen, jetzt uns in derselben Tonart anzugeben und uns der absoluten Negation zu beschuldigen. Wenn das am Sonnabend geschehen wäre, dann wäre es wenigstens mit dem Verdienst der Originalität verfehlt gewesen. (Heiterkeit.) Aber jetzt, nachher, hat das keine Wirkung; das hat die „Kreuzzeitung“ schon viel besser gethan. (Heiterkeit.) Auf uns macht das absolut keinen Eindruck. (Sehr richtig! links.) Wir werden uns durch solche Redensarten von Negation in unserem Gange nicht stören lassen. Das Recht, die Geschäfte nach unserem Ermeisen zu führen, werden wir uns nicht nehmen lassen, trotz aller Denunziationen, sie mögen aus dem Hause oder anders woher kommen. Die Politik der letzten zehn Jahre hat mit diesen Mitteln gearbeitet, und sie hat Schiffbruch gelitten. Will man die Fehde wieder aufnehmen, wir haben nichts dagegen, wir werden weiter kämpfen, und die Wiederholung dieser Politik wird dasselbe Ende nebstem wie früher. (Bravo! links.) Herr v. Beditz hat am 24. Februar den Finanzminister selbst gebeten, die Quotifirungsfrage in Erwägung zu nehmen. Heute will er die Hand dazu nicht bieten. Auch diese Aenderung der Stimmung ist auf den Freitag und Sonnabend zurückzuführen. Das Argument des Abg. v. Beditz vom Kampf der Krone und des Parlaments kann also am besten durch die Rede des Herrn v. Beditz vom 24. Februar widerlegt werden. Ich bin nicht der Meinung des Finanzministers, daß, wenn die Quotifirung eingebrochen worden wäre, sie nicht angenommen worden wäre. Die Nationalliberalen, Herr Windthorst, die Polen und Herr v. Beditz haben sich dafür erklärt; das ist doch die Majorität. Der Hinweis auf das Herrenhaus kann uns doch nicht abhalten. Wissen wir denn, was im Herrenhaus mit diesem Gesetze gemacht wird? Es gehen Gerüchte, daß einige kräftige Striche vorgenommen werden sollen. Man kann die Quotifirungsfrage erledigen, ohne sie zu einer Verfassungsfrage zu machen. Man kann sie in einem beschränkten Sinne fixieren. Ein Recht der Krone besteht doch nur auf die bestehenden Steuern. Die Verfassungsfrage ist also hier nicht am Platze. Sie aber wollen die Quotifirung nicht. Die Majorität hat ja den darauf zielen Antrag fristig zurückgewiesen, und der Finanzminister hat sogar gegen den Antrag Weber Einwendungen erhoben, obgleich dieser Antrag doch nur das Nothwendigste verlangte. In den Jahren 1873 und 1874 hat die nationalliberale Partei die Reform der Klassensteinen von der Quotifirung derselben abhängig gemacht, 1879 hat der nationalliberale Finanzminister Hobrecht das sogenannte Portemonnaiegesetz, also auch eine Quotifirung festgesetzt. Herr v. Bemmisch hat sogar den Antrag eingebrochen, den Kaffee- und Salzoll zu quotifiren. Wie kann man also sagen, daß noch kein Versuch in dieser Richtung gemacht worden ist? Die jetzige Vorlage erweitert die Rechte der Regierung im Interesse einer unsoliden Finanzverwaltung.

Bei der Programmfrage verweist man uns auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Jeder denkt sich aber dabei etwas Anderes. Und wer weiß, ob wir uns über die Form der Überweisung einigen? Das Programm bedeutet nichts, wenn man über seinen Inhalt nichts weiß. An wen wollen Sie überweisen, an Provinzen, Kreise, Gemeinden? Als vor 10 Jahren Herr v. Bitter den Entwurf auf Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer einbrachte, hat sich kein Mensch dafür erwärmt. Der jetzige Minister des Innern hat als Unterstaatssekretär in einem Fachblatt die schlechte Wirkung der Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden treffend nachgewiesen. Bei einer solchen Unklarheit des Programms können wir also das Geld nicht auf zwei Jahre in den Kassen legen. Sind wir einig über den Inhalt des Programms, dann machen wir

auch die Reform. Diesen Sprung ins Dunkle aber machen wir nicht mit.

Finanzminister Dr. Miquel: Herr Richter hat selbst im Jahre 1873 nur die Kontingentierung der Klassensteinen verlangt, während damals von Kontingentierung oder Quotifirung der Einkommensteuer nicht die Rede war, und bei dem Verlangen der Kontingentierung ganz entschieden dagegen protestiert, daß man ihm das als Streben, die Quotifirung zu verlangen, auslege. Eine Kontingentierung ist aber hier in höherem Grade gegeben. Es ist nach jeder Richtung vorgefordert, daß die Regierung das Mehr aus der Steuer nicht für sich verwenden kann.

Ich habe auch aus den heutigen Darlegungen des Herrn Richter kein positives Programm entnehmen können. Derlich aber hat er den einen Zweck des Gesetzes, die Möglichkeit einer Befreiung der Kommunalbesteuerung durch Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer bekämpft. Zuwiefern die Einführung der Declaration mit dem Tarif zusammenhängt, vermag ich nicht einzusehen. Herr Richter kann doch nicht bestreiten, daß der Zweck jedes verständigen Einkommensteuergesetzes ist, diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche die im Gesetz ausgesprochene Besteuerung zu einer Wahrheit machen. Damit, daß Herr Richter selbst aus der Declaration ein Mehr von 30 Millionen erhält, erkennt er die Unhaltbarkeit der jetzigen Einkommensteuer an. Wer aber bei einem solchen Anerkenntnis nicht den Antrag stellt, das Einkommensteuergesetz überhaupt aufzuheben und statt auf die Personalsteuer und das Netto-Einkommen die Staatssteuer zu basiren, ein allgemeines System der Objektssteuer einzuführen, also zur Kapitalrentensteuer überzugehen, der muß dazu kommen, das Einkommensteuergesetz wirksam und gerecht zu machen. Herr Richter hat aber alles gethan, um die Durchführung eines gerechten Steuersystems unmöglich zu machen. Denn durch seinen Vorschlag der Degression und den Abzug der gesammten Kommunalsteuern hat er dafür gesorgt, daß der Fall der Quotifirung gar nicht nothwendig ist, jedenfalls nicht ausreichende Überflüsse zur Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen entstehen. Wenn Herr Richter diese Überweisung als bedeutungsloses Schlagwort hinstelle, was bedeutete dann sein Antrag in der Kommission, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer schon jetzt den Gemeinden zu überweisen?

Bon einer Unzufriedenheit der Defraudanten habe ich nicht gesprochen. Man kann Niemandem einen Vorwurf machen, wenn er dazu, daß er von Andern falsch eingeschäfft wird, schweigt, zumal er ja weiß, daß alle Andern auch nicht anders eingeschäfft werden, und er, wenn er nicht schweigen würde, höher belastet würde wie die Andern. Das jetzige Gesetz legalisierte die Verheimlichung; es verbietet den Behörden, in die Verhältnisse allzutief einzudringen. Das heutige Gesetz fordert zur Gewissenhaftigkeit auf, wendet sich an die Christlichen und erfaßt die Unehrlichen.

Die ganze Steuerreform kann nur gelingen, wenn eine feste Mehrheit die Grundidee der Reform erfaßt und entschlossen ist, sie konsequent durchzuführen. Diese Überzeugung habe ich heute gewonnen. Das Reformprogramm, das wir im ersten Schritte hier hoffentlich zur glücklichen Lösung bringen, hat die Kraft in sich, und jede Regierung muß die Reform durchführen, sie kann nicht auf halbem Wege stehen bleiben. (Vorfall rechts.)

Abg. Dr. v. Gneist (nl.): Ich gebe eine längere Darstellung über die geschichtliche Entwicklung unseres Steuerwesens, auf Grund deren er zu der Schlusfolgerung kommt, daß der Staat eines beweglichen Einkommensfaktors nicht entbehren könne (Hört! hört! links). Das sei die Einkommensteuer. Doch scheint ihm die Verquidung vielfacher anderer Wünsche bei einem Finanzgesetze nicht am Platze. Wenn man dabei die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts zur Diskussion bringe, so komme man nicht zum Ziele. Die Frage des Kommunalwahlrechts sei lediglich eine Zweckmäßigkeits- und nicht eine Rechtsfrage, gehöre also nicht hierher. Redner wiederholt im Weiteren seine früheren Bedenken gegen den Sab 1879 für die höchsten Einkommen.

Abg. Dr. Windthorst (Bentr.): Die Mehrzahl meiner Freunde wird das Gesetz so zu gestalten suchen, daß es annehmbar erscheint, und ich hoffe, daß die endgültige Fassung so sein wird, daß wir mit großer Majorität dafür stimmen. Dieser Entschluß wird uns nicht leicht. Denn das Gesetz wird im Lande Missbehandlung erregen wegen der Mehrbelastung, welche es einführt, und wegen der Plakaturen in Folge der Declaration. Die Declaration aber bildet die Quintessenz dieses Gesetzes. Aber es wird uns schwer fallen, nein zu sagen, angesichts der Nebelstände unseres jetzigen Steuersystems. Die linke Seite will nicht zustimmen, die Reform geht ihr zu schnell. Da kann man nur sagen: Immer langsam voran, daß der Fortschritt nachkommen kann. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung den Versuch machen will, die Ungerechtigkeiten auszugleichen, so müssen wir ihr helfen. Ich hoffe, daß man bei diesem ersten Schritte der Reform nicht stehen bleiben wird, wenn auch die Männer, die diese Reform einleiten, nicht mehr an der Spitze stehen sollten. Ich hoffe, daß aber das Letzte nicht eintreten wird, obgleich in letzter Zeit Zeichen dafür vorliegen, daß ihnen Schwierigkeiten bereitet werden. Um aber das Volk zu beruhigen, wäre es wünschenswert, daß man hier das zukünftige Programm offen und in

bestimmter, konkreter Form klarlege, damit ein späterer Minister den richtigen Weg geben kann. (Heiterkeit.) Die Quotifirungsfrage ist mit der Zeit gar nicht abzuweisen, und die Regierung wird einmal die Initiative ergreifen müssen. Wenn uns der Wunsch nahe gelegt wird, daß wir uns auf das Nothwendigste beschränken, so möchte ich der Regierung eine gleiche Beschränkung in Vorlagen in Erwägung geben; man kommt ja sonst im Laufe schließlich zur Meinung, daß man uns zu Tode füttern will (Heiterkeit). In diesem Jahre wird man nicht viel mehr machen können, denn das Frühjahr bricht glücklicherweise schon herein (Heiterkeit). Wenn man langsamer vorgeht, dann wird Manches besser verstanden, und ein besserer Ausgleich der Ungerechtigkeiten wird eintreten können. Von der konservativen Partei aber erwarte ich, daß sie dem ersten Ausbau der Gesamtsteuer keine Hindernisse in den Weg legt, damit man ihr nicht den Vorwurf agrarischer Interessen machen kann.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bestreitet

Abg. Frhr. v. Beditz (freik.), daß er zu seinen Angriffen gegen die freisinnige Partei durch die letzte Rede des Reichslandlers veranlaßt worden sei. Er habe seine Ausführungen lediglich deswegen gemacht, weil das negative Verhalten der Freisinnigen heute in besonders klarer Weise hervorgetreten sei. (Widerspruch links.)

Abg. Richter erwidert dem Finanzminister, daß er die von ihm angeführten Angriffe nicht persönlich, sondern als Referent der Kommission gemacht habe.

Darauf vertagt das Haus die Spezialdiskussion auf Mittwoch 11 Uhr. Schlüß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 3. März.

Der Kaiser hörte heute den Vortrag des Staatssekretärs v. Marschall, ließ sich dann im Schloß die regelmäßigen Vorträge halten und nahm die persönlichen Meldungen des aus Posen hier eingetroffenen kommandirenden Generals des 5. Armeekorps, General der Infanterie v. Seest und mehrerer anderer Militärs entgegen. Heute Nachmittag wird der Kaiser einer Einladung des Staatsministers von Boetticher zur Tafel entsprechen.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ hatten eine weitere klare Kundgebung in Aussicht gestellt, dahin gehend, daß die jetzige Bergarbeiterbewegung mit ihrer internationalen sozialistischen Richtung den Absichten der kaiserlichen Kundgebung vom 3. März v. J. nicht entspreche und daß die Regierung daher mit voller Energie gegen dieselbe Front mache. Anstatt dieser Kundgebung ist heute im „Reichsanzeiger“ eine Auseinandersetzung erschienen, welche in Anknüpfung an einen Erlass des Handelsministers vom 13. Juli 1890 feststellt, daß, da die Beziehungen sich in der Zwischenzeit keineswegs zu Gunsten der jetzigen Forderungen der Bergleute (achtstündige Arbeitszeit in flüssige Ein- und Ausfuhr und erhöhter Minimallohn für Hauer, Zimmerhauer und Schlepper) geändert hätten, die staatliche Bergwerksverwaltung auf der Ablehnung jener Forderungen beharrt. Insofern die Bergleute im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier dieselben Forderungen aufstellen, kommt diese Erklärung des Handelsministers dem Vorstand des Vereins der bergbaulichen Interessen im Oberbergamt Dortmund, welcher diese Forderungen strikt abgelehnt hat, zu Hilfe. Die Bergleute können sich nicht darauf berufen, daß sie bei ihren übertriebenen Forderungen der Unterstützung und der Sympathie der Regierung sicher seien. In der Kundgebung des Handelsministers liegt eine nicht zu unterschätzende Garantie gegen den Ausbruch eines neuen Streites.

Telegraphische Nachrichten.

Chemnitz, 3. März. In einer von etwa 600 beschäftigungslosen Arbeitern besuchten Versammlung wurde beschlossen, an den Stadtrath und die Amtshauptmannschaft eine Abordnung zu senden, welche um Überweisung lohnender Arbeit bitten soll.

Bückeburg, 3. März. Der regierende Fürst zu Waldeck und Pyrmont hat sich gestern hier mit der Prinzessin Louise zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg verlobt.

Malta sei verschwunden, daher das sprüchewörtlich gewordene: Malta ma fitch.

Die Bevölkerung des Orients ist sozusagen eine einzige große Nomadenfamilie; wer eben kann, der reist, und hat er kein anderes Ziel, dann geht er nach Mekka — eine Reise, die je nachdem fünf, sechs, ja sieben Monate dauert. Die ganze Ausstattung des gewöhnlichen orientalischen Reisenden besteht aus einem Stock, einem alten Teppich und einer Pfeife. Gasthäuser kennt er nicht; er verläßt sich ganz auf die Gastfreundschaft der Bewohner der Dörfer. Die Dorfbewohner reisen ihr ganzes Leben lang. Sie tragen ein Hammelfell auf der Brust, einen Stock in der Hand und am Arm ein Körbchen, in welchem sie aufzubewahren, was ihnen geschenkt wird. Der Dorfbewohner besitzt nichts und soll auch nichts besitzen. Er bettet in sonderbarer Weise. Hat er das Bedürfnis nach Lebensmitteln; so nimmt er ein zahnstocherähnliches Hölzchen, geht auf den ihm Begegnenden zu und sagt: Stochere deine Zähne und nachher fragt er: Was ist mein Lohn? Oder er pflückt eine Blume, hält sie zum Riechen hin und stellt die gleiche Frage.

Wenn vornehme Herrschaften reisen, entfaltet sich ein gewisser Pomp. Alle Verrichtungen, selbst die des Kochens, werden zu Pferde ausgeführt. Unternimmt ein großer Herrscher eine Reise, dann flüchten die Bewohner der Orte, von welchen der Zug berührt wird, um nur nicht ihren geliebten Landesherrn zu sehen; denn alle von dem Zuge berührten Orte werden von der noblen Reise-Gesellschaft ausgeplündert. Deshalb findet man auf Wegen, wo vornehme reisen, mit noch verlassene Ortschaften. (Köln. Volksztg.)

sich gegenseitig links und rechts die Schulter und nehmen schließlich wieder Abschied von einander, als wenn zwei nahe Verwandte sich trennen.

Ein dritter Weg ist derjenige durch die Steppe. Diese hat mit der Wüste viel Ähnlichkeit, weil sie fast eben so eintönig ist. Die Steppe ist eine Eigenthümlichkeit Asiens. Die größte Steppe im asiatischen Morgenlande fängt hinter Damaskus an, zieht sich bis zum Euphrat und Tigris, von hier aus weiter bis nach Afghanistan, wo sie in die große Salzwüste übergeht. In der Steppe gilt ebenfalls das Gesetz, daß Niemand von dem einmal betretenen, von Alters her bestehenden Wege abweichen darf. Die Steppe zeigt bald grünes, mit Blumen bedecktes Land, bald todtes von der Sonne verbranntes Gebiet. Sobald im Februar die Regen fallen, grünst es in der Steppe, sie ist ein einziges Blumenbeet. Im Sommer aber, wo alles Gras, alle Pflanzen verfangt sind, ist der Anblick ein unendlich trauriger, fast schlimmer als derjenige der Wüste. Der Schrecken der Steppe sind die nicht weniger als drei bis vier Tage andauernden Orkane, welche den Reisenden zwingen, abzusteigen und sein Thier am Zügel zu führen.

Die Schwierigkeit des Reisens im Morgenlande wird noch erhöht durch das gänzliche Fehlen von Gasthäusern, mit Ausnahme der Küstenländer, welche unter europäischem Einfluß stehen. Sobald man in das Innere des Landes eindringt, begegnet man förmlich wilden Zuständen. Wo Eisenbahnen angelegt sind, dienen sie meist nur zur Verbindung der Hauptstädte. Auf den Hauptbahnen, wo Europäer reisen, geht alles gut, sobald man aber eine Nebenbahn benutzt, treten ganz sonderbare Zustände hervor. An ein fahrplärriges Fahrten der Züge ist nicht zu denken. Züge, die nur einen einzigen

Passagier haben, sind nichts Seltenes. Nicht selten kehrt der Reisende von seinem Geschäftsgange zum Bahnhof zurück und findet nicht einmal eine Lokomotive, viel weniger einen Eisenbahnzug zur Rückfahrt. Der Stationsvorsteher ist Vorsteher, Kassirer, Ingenieur, Weichensteller, Schlosser u. s. w. in einer Person. Für alle diese Amter erhält er monatlich ein Salair von etwa 80 Piaster, also ungefähr 16 Mk., und selbst dies erhält er noch nicht immer. Wegen der manchmalen Unannehmlichkeiten des Reisens auf orientalischen Bahnen zieht der Europäer es daher meistens vor, zu Pferde zu reisen.

Die Schiffsahrt ist in nicht viel besserm Zustande. Als vor einigen Jahren auf Befehl des Bizeförlings von Egypten ein türkisches Kriegsschiff einen jetzt regierenden deutschen Fürsten vom Suez-Kanal nach dem Sinai bringen sollte, stellte sich heraus, daß kein Kapitän da war. Derselbe war in seiner Heimat nach Ober-Egypten gereist. Ein einfacher Nilfischer übernahm die Führung des Schiffes. Auf die Frage, ob er denn auch den Weg kenne, gab er — ein echter Mohamedaner — zur Antwort: So Gott will. Alles ging gut, bis der Pseudokapitän im Rothen Meere erklärte, er wisse nicht mehr, wo er dran sei, und einen Herrn aus der Begleitung des Fürsten ersuchte, auf der Seekarte sich zurecht zu finden. Dies klingt ganz unglaublich; aber man braucht sich nur an die Fahrt des türkischen Kriegsschiffes „Ertogul“ zu erinnern, um es glaubwürdig zu finden. Einer der erfahrendsten türkischen Kapitäne wurde ein Mal vom Befehlschef der Marine beauftragt, mit einem neuen Kriegsschiffe nach Malta zu fahren. Der Kapitän dampfte ab, und Wochen vergingen, ohne eine Meldung von der Ankunft des Schiffes auf Malta. Endlich traf der Kapitän mit seinem Schiffe wieder im heimathlichen Hafen ein und meldete seinem Admiral,

Wien. 3. März. Die Landgemeinden Schlesiens wählten heute 3 Abgeordnete. In Troppau unterlag der bisherige Abgeordnete Antisemit Türk gegenüber dem konservativen Baron Rolsberg mit 141 gegen 117 Stimmen; in Freudenthal wurde der Antisemit Kaiser wiedergewählt, in Teschen der Pole Pater Swiezy. Somit verloren die Antisemiten in Schlesien einen Sitz.

Wien. 3. März. Der Verlust der Altzechen in den böhmischen Landgemeinden beträgt 14 Sitze, da kein Altzechen gewählt ist. Die Jungzechen gewannen somit 14 Sitze. Unter den Gewählten befindet sich auch Prinz Schwarzenberg. In den galizischen Landgemeinden wurden zwanzig Polen und sieben Jungruthen gewählt, die Polen verloren drei Mandate. In der mährischen Landgemeinde Brünn wurde der Altzechen Helcelet gewählt. Es sind somit im Ganzen sieben Altzechen gewählt.

Prag. 3. März. Die Bekündigung der jungzechischen Wahlerfolge rief lärmende Kundgebungen zu Gunsten der Jungzechen hervor. Etwa 2000 Menschen versammelten sich vor der Redaktion der „Narodni Listy“, doch gelang es der Polizei ohne Mühe die Ruhe herzustellen.

Lemberg. 3. März. Bei den Reichsrathswahlen in 25 Landgemeinden Galiziens wurden 18 Polen, 7 Jungruthen gewählt, von einem Bezirke steht das Wahlergebnis noch aus, eine Stichwahl ist erforderlich. Die Polen verloren 3 Sitze; unter den Gewählten befindet sich der Führer der Jungruthen Romanczuk.

Linz. 3. März. In sechs Stadtbezirken wurden die bisherigen deutsch-liberalen Vertreter wiedergewählt.

Brünn. 3. März. Bei den Reichsrathswahlen in den 10 mährischen Landgemeinden wurden 2 Deutsche, ein Deutsch-nationaler, 6 Altzechen und ein Vertreter der Bauernpartei gewählt. Die Altzechen verloren einen Sitz an die Bauernpartei, die Deutschen einen Sitz an die Deutsch-Nationalen. In einem Bezirk ist das Resultat noch nicht ermittelt; unter den Gewählten befindet sich auch der Minister Pražák.

Rom. 3. März. Der Papst wohnte heute am Jahrestage seiner Krönung in der Sixtinischen Kapelle einer vom Kardinal Melchers zelebrierten Messe bei; auch die Kardinäle und das diplomatische Korps waren zugegen.

Paris. 3. März. Die Melbung hiesiger Blätter, der deutsche Botschafter Graf Münster wäre beauftragt worden, den französischen Behörden für die Thätigkeit zu danken, welche dieselben anlässlich der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich behufs Wahrung des Gastechts entwickelt hätten, wird von unterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet; ebenso sei die Nachricht, daß die Stellung des Grafen Münster erschüttert, vollständig erfunden.

Paris. 3. März. Wie verlautet, wird sich die Kammer demnächst nochmals mit der Frage der Rennwetten beschäftigen, da eine große Anzahl von Deputirten, welche über die

Konsequenzen des Kammerwotums betreffs des Rennwettgesetzes beunruhigt sind, eine neuerliche Berathung der Angelegenheit verlangen will. Andererseits soll die Regierung entschlossen sein, eventuell die Wetttrennen aufzuheben, falls in Folge der am nächsten Sonntag in Kraft tretenden Maßnahmen gegen die Rennwetten Unordnungen entstehen sollten.

Wie der „Temps“ aus St. Etienne meldet, streiken in den Kohlengruben von St. Chamond 300 Bergleute.

In Nemours (Algier) wurde gestern ein leichtes Erdbeben verspürt.

Die Budgetkommission der Deputirtenkammer beschloß, in das Budget für 1891 einen Kredit von 3 Millionen einzustellen, um den Ausfall zu decken, welcher dadurch entsteht, daß den durch die strenge Winterfalte heimge suchten kleinen Landleuten ein Nachlaß an der Grundsteuer bewilligt wird.

Paris. 3. März. Wie die Blätter melden, ist der Kosakenhetmann Atschinow in Folge einer Ordre des Kaisers von Russland gestern von hier abgereist.

Paris. 3. März. Nach einer heute Nachmittag hier eingetroffenen Verfügung sind mit dem Orient-Expresszug Reisende mit direkten Billets Paris-München von dem Passzwange befreit.

London. 3. März. Ein Telegramm der „Times“ aus Buenos Ayres von heute besagt, es dürften nicht mehr als 75 Prozent der vierteljährigen Zinsen auf die Provinzialcedulas von Buenos Ayres disponibel sein; es herrsche große Besorgnis bezüglich eines etwaigen Scheiterns der Anleiheverhandlungen. In einer anderen Meldung heißt es: Einem halbamtlichen Berichte zufolge erschossen drei Bataillone und das vierte Regiment der Regierungstruppen in der Nähe von Pisagua ihre eigenen Offiziere und erklärt sich für die Revolution.

New York. 3. März. Das Journal „Sun“ veröffentlicht offizielle Mittheilungen aus chilenischen Regierungskreisen über die Unruhen in Chile. Darnach hätten die Insurgenten keinerlei Unterstützung gefunden und es hätten keine Kämpfe stattgehabt. Die Insurgenten hätten auch keine Soldaten. Die aufrührerischen Schiffe drohten, Iquique in Brand zu schießen, wenn die Regierungstruppen sie am Landen verhinderten. Die Truppen hätten sich hierauf in das Innere des Landes zurückgezogen, um die Einäscherung von Iquique zu verhüten. Die Insurgenten besäßen keine Geldmittel, da die Regierung den Staatschäfz in das Innere des Landes in Sicherheit gebracht habe.

Angekommene Fremde.

Posen. 4. März.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Landtagsmarschall Frhr. v. Unterrhe-Vomitt aus Wollstein, Landrat Frhr. v. Wilmowitz-Möllendorff aus Markowitz, Stadtrath Diek aus Bromberg, Oberstleut. v. Brittwitz-Goffron aus Rawitsch, Landrichter Brodmann aus Lübeck, Rechtsanwalt Dr. Behn aus Hamburg, Amtsrichter Hentrich aus Schmiegel, General-Bevollm. Turner aus

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

87 679 738 870 946 (100) 84 18122 94 (100) 323 68 440 67 501 45 601

241 517 66 620 793 871 941 48 6086 185 60 69 219 423 618 92 786

860 932 7121 65 75 284 364 459 76 629 (100) 786 867 88 8003 122

(150) 329 33 458 628 84 705 91 887 927 60 9051 234 402 509 603 26

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

87 679 738 870 946 (100) 84 18122 94 (100) 323 68 440 67 501 45 601

241 517 66 620 793 871 941 48 6086 185 60 69 219 423 618 92 786

860 932 7121 65 75 284 364 459 76 629 (100) 786 867 88 8003 122

(150) 329 33 458 628 84 705 91 887 927 60 9051 234 402 509 603 26

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

87 679 738 870 946 (100) 84 18122 94 (100) 323 68 440 67 501 45 601

241 517 66 620 793 871 941 48 6086 185 60 69 219 423 618 92 786

860 932 7121 65 75 284 364 459 76 629 (100) 786 867 88 8003 122

(150) 329 33 458 628 84 705 91 887 927 60 9051 234 402 509 603 26

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

87 679 738 870 946 (100) 84 18122 94 (100) 323 68 440 67 501 45 601

241 517 66 620 793 871 941 48 6086 185 60 69 219 423 618 92 786

860 932 7121 65 75 284 364 459 76 629 (100) 786 867 88 8003 122

(150) 329 33 458 628 84 705 91 887 927 60 9051 234 402 509 603 26

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

87 679 738 870 946 (100) 84 18122 94 (100) 323 68 440 67 501 45 601

241 517 66 620 793 871 941 48 6086 185 60 69 219 423 618 92 786

860 932 7121 65 75 284 364 459 76 629 (100) 786 867 88 8003 122

(150) 329 33 458 628 84 705 91 887 927 60 9051 234 402 509 603 26

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

87 679 738 870 946 (100) 84 18122 94 (100) 323 68 440 67 501 45 601

241 517 66 620 793 871 941 48 6086 185 60 69 219 423 618 92 786

860 932 7121 65 75 284 364 459 76 629 (100) 786 867 88 8003 122

(150) 329 33 458 628 84 705 91 887 927 60 9051 234 402 509 603 26

751 79 93 852 919 95

10034 124 44 90 275 602 11022 42 228 51 812 17 75 527 (300) 83

608 91 796 809 12081 140 271 362 447 55 533 56 13037 (100) 256 344

510 37 84 668 767 14101 323 28 75 88 427 765 849 15482 528 966 77

16161 296 348 (200) 427 73 75 80 651 890 902 3 60 70 17079 88 315

